

„Achtung Acht!“
Die Gegenwart der Vergangenheit in der Tschechischen Republik
Vortrag und Podiumsgespräch

Botschaft der Tschechischen Republik
Wilhelmstr. 44
10117 Berlin

2008 verspricht aus erinnerungskultureller Sicht für die Tschechische Republik ein außergewöhnliches Jahr zu werden. Es jähren sich die tschechoslowakische Staatsgründung zum 90., die deutsche Okkupation nach dem Münchner Abkommen zum 70., die Machtübernahme durch die Kommunisten zum 60. und schließlich die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings zum 40. Mal. Als Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen, die diesen historischen Ereignissen gedenken sollen, lud die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gemeinsam mit dem 2007 neu gegründeten Prager Institut für das Studium der totalitären Regime (*Ústav pro studium totalitních režimů*) und der Botschaft der Tschechischen Republik zu einem Vortrag mit anschließendem Podiumsgespräch ein. Anlässlich des 60. Jahrestags der kommunistischen Machtübernahme wurde an diesem Abend einem Austausch über aktuelle geschichtspolitischen Debatten in der Tschechischen Republik fast 20 Jahre nach der so genannten *Samtenen Revolution* und dem Rücktritt der kommunistischen Machthaber 1989 ein Rahmen gegeben.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den amtierenden Botschafter der Tschechischen Republik, Dr. Rudolf Jindrák, betonte Rainer Eppelmann (Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung) die essentielle Rolle, die die ehemalige Tschechoslowakei für DDR-Bürger gespielt habe. So sei die Aufmerksamkeit unter Oppositionellen in der DDR seit den Liberalisierungs- und Reformtendenzen des so genannten *Prager Frühlings* 1968 und der gewaltsamen Niederschlagung durch Streitkräfte des Warschauer Paktes bis 1989/90 auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei gerichtet gewesen. Von enormer Bedeutung sei daher, die Veranstaltungsreihe zu den zentralen Gedenktagen der Tschechischen Republik mit einer Diskussionsrunde anlässlich der kommunistischen Machtübernahme beginnen zu lassen, da dieser 25. Februar 1948 den Auftakt zur „offenen Sowjetisierung Ost- und Mitteleuropas“ gebildet habe. Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur im gesamteuropäischen Kontext fern von „deutscher Nabelschau“ sei das elementare Anliegen der Bundesstiftung, die die deutsch-tschechische Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit stets fördere. Im Anschluss stellte der Direktor des Instituts für das Studium der totalitären Regime in Prag, Dr. Pavel Žaček, diese neu gebildete Einrichtung im Rahmen eines Kurzvortrages vor und gab darüber hinaus einen Einblick in die vorab in Tschechien geführte Debatte über die Gründung des Instituts. Mit dem dort eingegliederten Archiv der Sicherheitsdienste (*Archiv bezpečnostních složek*) sei in der Tschechischen Republik eine Institution entstanden, die sich am Vorbild der bereits 1991 gegründeten deutschen Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) orientiert habe. Von einem Konsens über die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur könne allerdings bis heute nicht gesprochen werden. Allerdings, so Žaček, sei ein enormer Interessenzuwachs an der jüngsten Zeitgeschichte zu verzeichnen, der auf den Generationswechsel nach 1989 zurückzuführen sei. Der Prager Frühling sei nach wie vor bei der historiographischen Aufarbeitung der Periode nach 1948 das am meisten beachtete Thema. Žaček führte dies auf die hohe personelle Kontinuität von Zeitzeugen vor allem im öffentlichen Leben und auch unter Historikern zurück.

Die hohe Präsenz des Prager Frühlings in der tschechischen Erinnerungskultur zeichnete sich dann auch in der anschließenden Podiumsrunde ab, in der eigentlich die Bewertung der kommunistischen Machtergreifung im Jahr 1948 im heutigen geschichtspolitischen Diskurs erörtert werden sollte. Der Prager Publizist und Diplomat Dr. Tomáš Kafka, Dr. Oldřich Tůma (Direktor des Prager Instituts für Zeitgeschichte), Hans-Jörg Schmidt (Prager Korrespondent „Die Welt“) sowie Pavel Žaček sprachen über den Stand der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Nachkriegszeit in der Tschechischen Republik. Tomáš

Kafka äußerte seine Zweifel am wachsenden Interesse an der kommunistischen Vergangenheit der tschechischen Republik. Die Deutungshoheit über die jüngste tschechische Geschichte gehöre weitgehend den Historikern, von einer gesamtgesellschaftlichen Debatte könne nicht gesprochen werden. Vielmehr sei eine „Privatisierung der Geschichte“ zu beobachten, bei der nun zumindest innerhalb von Familien und Freundeskreisen das offene Gespräch gesucht werde.

Dr. Oldřich Tůma beklagte in diesem Zusammenhang, dass in der Tschechischen Republik bis zum heutigen Zeitpunkt keine zentrale Institution zur wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Projektförderung existiere, die vergleichbar mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sei. Eine solche Einrichtung sei vor allem deswegen vonnöten, da insbesondere die geschichtswissenschaftliche Erforschung der Nachkriegszeit nach 1989 neu beginnen musste, während die DDR-Forschung nach der Friedlichen Revolution auf bis dahin gewonnene Erkenntnisse der westdeutschen Historiographie aufbauen konnte. Die politische Geschichte der ehemaligen Tschechoslowakei sei gleichsam erschöpfend bearbeitet worden, während andere methodologische Tendenzen der historischen Forschung bislang kaum zur Anwendung gekommen seien. Vor allem in der Alltags- und politischen Kulturgeschichte bestünden, so Tuma, nach wie vor beträchtliche Lücken.

Dr. Pavel Žáček begrüßte jedoch die öffentliche Auseinandersetzung um die Gründung seines Instituts, das die Akten der Sicherheitsdienste jenseits der Überprüfung von Personen im öffentlichen Sektor auch für die wissenschaftliche Aufarbeitung und Forschung nutzbar gemacht habe. Mit diesem Institut sei ein Instrument zur „Detraumatisierung der Gesellschaft“ geschaffen worden, das nun einen unerwartet großen Ansturm an Forschungsanträgen vor allem von jungen Historikern zu bewältigen habe. Auch in der Tschechischen Republik seien, so Žáček, wie in der DDR und der Bundesrepublik 1990/91 im Vorfeld der Einsetzung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS (BStU) Stimmen laut geworden, die eine Öffnung der Archive verhindern wollten oder gar die Vernichtung der Akten forderten. In beiden Ländern hätten sich jedoch die Befürworter einer offenen und transparenten Vergangenheitsaufarbeitung durchsetzen können.

Die Erwartungen an die Aktenöffnung seien dabei sowohl in der Bundesrepublik als auch in Tschechien weit übertroffen worden. Seit dem Beginn der Forschungstätigkeit des Prager Instituts für das Studium der totalitären Regime im August 2007 sei, so Žáček abschließend, die Zahl der eingegangenen Anträge auf Akteneinsicht um rund dreihundert Prozent gestiegen.

Julia Spohr, Berlin